

Februar 2010

# AMNESTY JOURNAL

DIE ZEITSCHRIFT FÜR MENSCHENRECHT

A photograph of a woman and a young child walking through a field of burning rubble. The woman is on the right, wearing a white floral tank top and pink patterned pants. The child is on the left, wearing a black t-shirt with a graphic and blue sandals. The background is filled with large piles of burning debris, with bright orange and yellow flames rising from the ground. The scene is set in a desolate, war-torn environment.

## Frauen und Kinder

Schutzlos ausgeliefert

# Inhalt

## Schutzlos ausgeliefert: Haiti und Roma



### 3 Der Chef von Amnesty Österreich über Jovan Mirilo

#### 4 Überlebt, aber nicht gerettet

Nach dem verheerenden Erdbeben versinkt Haiti im Chaos. Menschenrechte und der Schutz von Kindern bleiben auf der Strecke.

#### 7 Aktuell

#### 8 Der vermeidbare Tod junger Frauen

Schwangerschaft ist keine Krankheit. Doch in Burkina Faso ist sie lebensgefährlich.

### 10 Ausgegrenzt, diskriminiert und rechtlos

Roma in Europa. Eine Reportage vor Ort.

#### 13 Erfolge

#### 14 Interview mit Somaly Mam

Als Kind wurde sie wie eine Sklavin verkauft, später zur Prostitution gezwungen. Heute setzt sich Somaly Mam gegen Menschenhandel und Sexsklaverei ein.

#### 16 Minarettverbot

Der Schock sitzt tief: Die Schwei-

zerInnen stimmten über ein Minarettverbot ab. Der Versuch einer Erklärung.

#### 17 Aktiv für Amnesty

Aktiv für Menschenrechte

#### 18 Appellfälle

Rumänien, Nicaragua

#### 21 Amnesty-Mitgliederversammlung 2010

Von 9. bis 11. April in Wien

#### 22 Amnesty intern

Fundraising mit Herz und Hirn

**Impressum:** Amnesty International. Informationen 027033408. **MedieninhaberIn, VerlegerIn, HerausgeberIn:** Amnesty International Österreich, 1150 Wien, Moeringgasse 10/1. Stock, Tel.: (01) 7 80 08, Fax: (01) 7 80 08-44. E-Mail: info@amnesty.at. **Chefredaktion:** Michaela Klement; **Finanz- und Spendenverwendung:** Christian March; **Fundraising und Spendenwerbung:** Ngoc Nguyen, Christian March; **Datenschutzbeauftragte:** Michaela Klement (E-Mail-Newsletter); **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Jeannette Goddar, Jürg Keller, Ali Al-Nasani, Christine Newald, Heinz Patzelt, Lisi Reindl, Andreas Tröschler, Claudia Vogt. *Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung von Amnesty International oder der Redaktion wieder.* **Design:** Patricio Handl; **Korrektur:** m³bius; **Foto Cover:** REUTERS/Ivan Alvarado **Fotos:** Wenn nicht anders vermerkt: ©AI. **Druck:** Niederösterreichisches Pressehaus, Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten; Amnesty-Spendenkonto: P.S.K. 1.030.000. **Vereinsregister:** ZVR: 407408993

**Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: MedieninhaberIn (VerlegerIn):** Amnesty International Österreich, eingetragener Verein, 1150 Wien, Moeringgasse 10/1, Tel.: (01) 7 80 08, Fax: (01) 7 80 08-44; **SprecherIn des Vorstandes:** Sabine Geiger; **Vorstand für Finanzen:** Georg Reiter; **Vorstandsmitglieder:** Patricia Hladschik, Bernhard Morawetz, Balder Ortner, Irene Planer; **Generalsekretär:** Heinz Patzelt; **GeschäftsführerInnen:** Christian March, Barbara Weber; **LeiterIn Aktivismus und Training:** Barbara Weber; **LeiterIn Infoteam:** Elisabeth Holey; **LeiterIn Kommunikation:** Michaela Klement; **Auflage:** 67.000 Stück; erscheint quartalsmäßig; **Erscheinungsort:** Wien. **Erklärung über die grundlegende Richtung:** Die grundlegende Richtung des *Amnesty Journals* ergibt sich aus den Satzungen des Vereins, den Beschlüssen der Internationalen Ratstagung und des Internationalen Exekutivkomitees sowie aus den Beschlüssen der Generalversammlung und des Vorstandes von Amnesty International Österreich. Als einziges österreichisches Medium richtet sich das *Amnesty Journal* an ÖsterreicherInnen, die sensibel für humanitäre und menschenrechtliche Anliegen sind und Bereitschaft zu persönlichem Engagement zeigen.



# Editorial

## > Es war einmal ein Osterwunder

von Heinz Patzelt, Generalsekretär von Amnesty Österreich

**K**arfreitag 2007, abendlicher Anruf einer Menschenrechtsaktivistin: Ein ihr gut bekannter Serbe namens Jovan Mirilo, der an der Bekanntmachung des Srebrenica-Videos beteiligt war, sitze verzweifelt irgendwo in Österreich in Schubhaft und sei akut von der Abschiebung nach Serbien bedroht. Ich blicke kurz auf die Uhr – 19.25 Uhr –, mein erster Gedanke: Vor Osterdienstag nichts zu machen, die ganze Republik ist längst in den Feiertagen.



Jovan Mirilo

Nach einer kurzen Recherche in Amnesty-Dokumenten ist klar: Es gibt eine Person dieses Namens und einen dokumentierten Zusammenhang mit dem Video des Massakers. Jenem Video, das den Mythos des heldenhaften serbischen Abwehrkampfes erschütterte und der Gesellschaft in Serbien erstmals klar machte, wie grauenhaft die Kriegsverbrechen ihrer Sondereinheiten waren. Damit wurde das

Band zu einem wichtigen Puzzlestein für ein neues, menschenrechtskonformes Serbien. Wer immer mit seiner Veröffentlichung in Zusammenhang steht, schwebt in Serbien in akuter Lebensgefahr.

Auf mein dringendes Rundmail an alle zuständigen Ministerien und Ämter bekomme ich eine „Out of office“-Meldung nach der anderen. Karfreitag um 22.32 Uhr (!) kommt doch eine Antwort aus dem Bundesasylamt, Karsamstag in der Früh der Anruf eines engagierten Beamten: Herr Mirilo ist gefunden. Ich bin sehr beeindruckt ob der schnellen Reaktion der Behörden. Einige Wochen später wird Mirilo aus der Schubhaft entlassen; ich hole ihn ab und darf dabei sein, als er seine kleine Tochter umarmt. Wir alle sind erleichtert: Schneller Asylschutz und ein neues Leben in Sicherheit sind in diesem Fall sicher nur mehr eine Formsache. Dachte ich ...

Im Februar 2010 wird der Asylantrag der Familie Mirilo zum zweiten Mal abgelehnt, mit einem Bescheid, der sich wie eine Kampfansage liest: keine nüchtern-kritische Beurteilung, sondern eine mehr als 100 Seiten lange Brandrede – so sieht das also aus, wenn der Staat „in den Ring steigt“, zur voreingenommenen Partei wird, anstatt seinen menschenrechtlichen Verpflichtungen objektiv nachzukommen.

Grundlage dieser bizarren Abwehrschlacht ist ein mehr als dubioses „anonymes Gutachten“, eine Sammlung von Unterstellungen und offensichtlichen Manipulationen. Jovan Mirilo

wird darin als Lügner und Mitläufer dargestellt und rufmörderisch kriminalisiert, abgesegnet vom Bundesasylamt, das Mirilo ohne „aufschiebende Wirkung“ ins „sichere“ Herkunftsland Serbien schicken will. Dabei wurde der Bruder eines anderen Mitaufdeckers des Massakers an rund 8.000 bosnischen Muslimen vor einiger Zeit in Serbien ermordet – eine Auseinandersetzung unter Obdachlosen, vermuten die serbischen Behörden. Der Gutachter hat bezeichnenderweise Angst vor der nationalistischen Szene in Serbien und will seine Anonymität wahren.

Kurz vor Redaktionsschluss dieses *Amnesty Journals* hat nun das Bundesasylamt doch noch seine Meinung teilweise revidiert, und Mirilo wird vorerst nicht nach Serbien ausgewiesen. Für Ostern 2010 bleibt somit als menschenrechtliche Hoffnung der Asylgerichtshof, der den Fall neu behandeln wird und Menschenrechten bei seinen Entscheidungen alleinige Priorität einräumt.

### FACTBOX: Völkermord von Srebrenica

Bosnisch-serbische Milizen nahmen im Juli 1995 die UNO-Schutzzone Srebrenica ein und metzelten geschätzte 8.000 Bosniaken, vorwiegend Buben und Männer, in der muslimischen Enklave nieder: alles andere als ein Ruhmeskapitel für die UNO und die leicht bewaffneten niederländischen Blauhelme.

Als Hauptverantwortliche für das Massaker gelten der damalige bosnisch-serbische Präsident Radovan Karadžić, der sich derzeit wegen Völkermordes (Genozids) vor dem UNO-Tribunal für Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien im niederländischen Den Haag verantworten muss, und der weiter flüchtige, damalige Militärkommandant Ratko Mladić.

Die Verstrickung Belgrads in das Massaker konnte 2005 nicht mehr geleugnet werden, als ein Videoband des Blutbades auf Umwegen nach Den Haag gelangte. Es belegte, dass auch eine serbische Sondereinheit an den Massenerschießungen beteiligt war.

Laut Nataša Kandić vom Fonds für humanitäres Recht in Belgrad spielte Jovan Mirilo bei der Bekanntmachung des Bandes die wichtige Rolle des Mittelsmannes zu der mittlerweile aufgelösten Einheit der „Skorpione“. Während sich ein maßgeblich an der Aufdeckung der Gräueltaten beteiligter Ex-„Skorpion“ im UNO-Zeugenschutzprogramm befindet, hat Mirilo in Österreich einen negativen Asylbescheid bekommen und muss weiter bangen. Seine Abschiebung konnte vorerst abgewandt werden: Mirilos Beschwerde beim Asylgerichtshof wurde aufschiebende Wirkung zuerkannt.



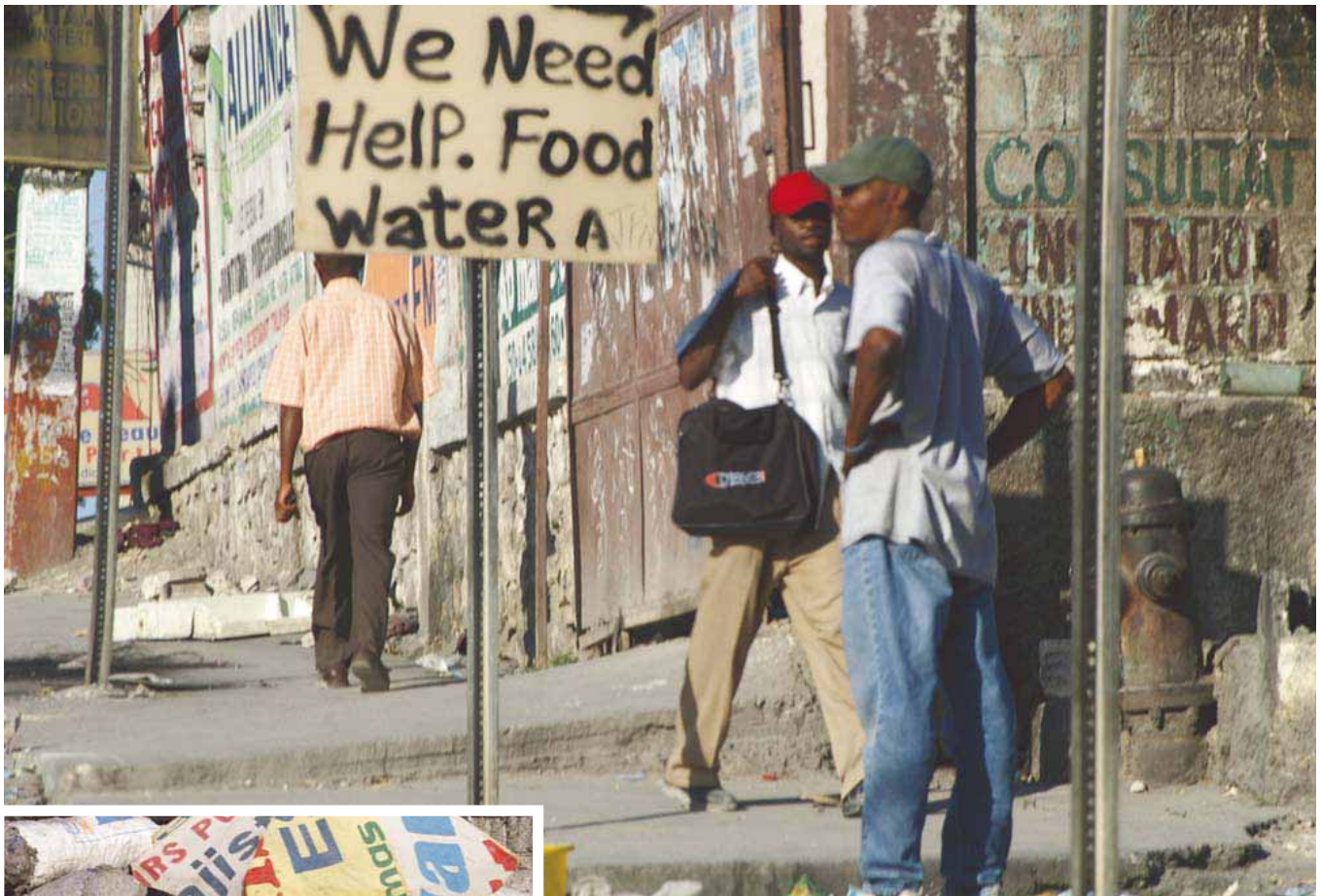
# Nelson und das große Beben

Von Andreas Tröscher

**A**ls sich das alte eiserne Tor öffnete, stand Nelson einfach nur da und staunte. Seine Arme und Beine, die sonst so unbändig durch die Luft flogen, bewegten sich nicht; seine Augen starrten auf das, was sich da anschickte, bei ihm einzuziehen. Ein riesiger Geländewagen holperte über die Schwelle in den Hof, schnaubte und pfauchte. Dann war es für einen kurzen Moment ganz still – bis sich die Türen öffneten und riesige Menschen ausstiegen. Ihre Gesichter waren ernst, sie trugen rote Uniformen mit weißen Kreuzen auf der Brust, sprachen irgendein Kauderwelsch vom anderen Ende der Welt, hatten eine seltsam milchige Hautfarbe und machten sich sogleich ans Ausladen von mächtigen Metallkisten, die sie ins Haus

schleppten. Ins Haus? Warum denn unbedingt ins Haus? Nelson war verwundert, immerhin kannte er bis zu dieser Sekunde niemanden, der jetzt noch freiwillig ein Haus betrat. Und dann das: All diese weißen Giganten verschwanden in dieser finsternen, furchterregenden Höhle. Geh niemals in ein Haus, hörst du? In Häusern stirbt man! Die Predigt der Mutter hallte noch nach in Nelsons Ohren. Sie sagte das fortwährend, seitdem die Stadt in Trümmern lag. Dabei hätte er es ohnehin nicht getan. Irgendeine unsichtbare Macht hielt ihn seither davon ab, sich auch nur in die Nähe einer Türe zu wagen, die in ein Haus führte. Und weil es alle anderen – die sich draußen auf der Straßen herumtrieben, unter freiem Himmel aßen, schliefen, sich wuschen, etwas

verkauften, beteten, hofften, weinten oder einfach nur warteten –, weil es die auch nicht taten, konnte sein Verhalten so falsch ja nicht sein, dachte sich Nelson. Mit dem Nachdenken war das überhaupt so eine Sache. Seit diesem 12. Jänner dachte er nämlich unheimlich viel nach und konnte deshalb auch kaum schlafen. In seinem Kopf tobte ein regelrechter Wirbelsturm. Doch sein sechsjähriges Gehirn hatte die vergangenen Wochen noch längst nicht begriffen, geschweige denn verarbeitet. Nicht einmal ansatzweise. Seinen Vater hat er seither nicht mehr gesehen, die Schwester auch nicht. Wenn er nach ihnen fragte, sagte die Mutter stets, die würden schon wieder auftauchen, er müsse nur Geduld haben. Dabei sah sie immer besonders traurig aus.



Die EinwohnerInnen von Port-au-Prince waren mit einem Schlag Flüchtlinge im eigenen Land geworden. Als hätte jemand die Stadt kräftig durchgerüttelt – über eine halbe Minute lang. Überall habe es geknallt und gescheppert, als wäre eine Armee unbeladener Laster gleichzeitig durch die Stadt gerast – nur um ein Vielfaches lauter.

Die weißen Männer waren unterdessen immer noch im Haus, sie sprachen jetzt nicht mehr so viel, nur einer, die anderen schwiegen. Hie und da klapperte eine Kiste, dann herrschte wieder andächtige Ruhe. Nelson wagte es kaum, ins Innere zu spähen, wengleich ihn seine Neugier Zentimeter für Zentimeter vorwärts schob. Die anderen Kinder schlichen ihm, dem tapferen Anführer, hinterher. Drinnen piepsten und klickten Handys, dazu wurden verzweifelte Zischlaute ausgestoßen. Die Spannung erreichte nun ihren Höhepunkt. Denn Nelson hatte sich so weit vorgearbeitet, dass er den großen Holztisch, der den Raum dominierte, sehen konnte. Auf ihm stapelten sich winzig kleine Schachteln und Fläschchen; aber nicht auf ei-

nem Haufen, sondern feinsäuberlich in Reih und Glied geschichtet. Das mussten schon ganz besondere Schachteln und Fläschchen sein, war sich Nelson sicher. Blank poliertes Besteck wurde geprüft und gezählt, weiße Stoffrollen wurden verpackt. Dann ging plötzlich alles sehr schnell: Einer der Männer begann mit lauter, tiefer Stimme zu rufen. Daraufhin wurden die anderen hektisch, packten ein paar Kisten zusammen, verstaute sie wieder im Geländewagen, stiegen ein und brausten davon. Nelson blieb fassungslos zurück. Wer waren diese Gestalten? Was wollten sie? Und: Würden sie wiederkommen? Aufgeregt lief er zu seiner Mutter, die aber schon umringt war von anderen Kindern, die völlig aufgelöst vor Erregung

auf sie einschnatterten. Erschlagen von der Hitze und gepeinigt vom Schmerz der Wunde, hatte seine Mutter gerade noch die Kraft, um für Ruhe zu sorgen, die sie so dringend benötigte. Mit leiser, schwacher Stimme erklärte sie den Sprösslingen, dass diese Männer Ärzte seien und von weit, weit her gekommen wären, um zu helfen. Nelson verstand nicht so recht. Es gehe ihm doch gut, es fehle ihm doch an nichts. Okay, ihr Haus stand nicht mehr, auch jene der Nachbarn zerfielen buchstäblich zu Staub. Aber sonst?

**DEM UNGLÜCK KNAPP ENTRONNEN.** Glücklicher Nelson! Die Hölle von Port-au-Prince war ihm erspart geblieben. Zumindest vorerst. Gemeinsam mit seinen



beiden anderen Schwestern und der Mutter hatte er es hierher geschafft, in diesen bescheidenen Garten von Monsieur Antonin. Was Nelson nicht wusste, was in dieser Situation aber auch völlig nebensächlich war: Monsieur Antonin ist Haitis berühmtester Regisseur. An den Wänden seines Studios, in dem nun Samariter aus Österreich ihr Camp aufgeschlagen haben, hängen die Poster seiner Kinohits. Doch ans Filmemachen dachte der alte Mann nun nicht mehr. Port-au-Prince, wie er es kannte, hatte aufgehört zu existieren. Seine Einwohner waren mit einem Schlag Flüchtlinge im eigenen Land geworden. Als hätte jemand die Stadt kräftig durchgerüttelt – über eine halbe Minute lang, erinnert Arnold Antonin sich an den Tag, an dem die Erde so heftig bebte wie noch nie zuvor. Überall habe es geknallt und gescheppert, als wäre eine Armee unbeladener Laster gleichzeitig durch die Stadt gerast – nur um ein Vielfaches lauter. Danach setzte lähmende Stille ein, alles war in dichten Staub gehüllt, man konnte die Katastrophe nur erahnen. Aus der dumpfen Lautlosigkeit drangen erste Schreie. Bis Chaos und Elend losbrachen; hemmungslos, unkontrolliert, unbeschreiblich und unbegreifbar in ihren

Ausmaßen. Eine Stadt von offiziell 1,3 und inoffiziell wahrscheinlich mehr als zwei Millionen Einwohnern lag da wie nach dem Bombardement durch eine geheimnisvolle, grausame Übermacht. Leichenberge säumten die Straßen von Port-au-Prince, unter den Ruinen der Häuser lagen noch einmal so viele Tote. Fest umklammert von der Hand seiner Mutter war Nelson an jenem unheilvollen Tag in den Garten von Monsieur Antonin gestolpert. Atemlos, verwirrt und zitternd vor Angst hockten sie da, neben ihnen andere Familien, ebenso ihrer Heimat beraubt, ebenso dezimiert, verzweifelt. Doch die Tage verrannen, der Schock wich allmählich einer gewissen Alltagsroutine, und gemeinsam mit den anderen Kindern begann Nelson den Hof zu erkunden. Dieser war nun sein Reich, hier fühlte er sich sicher. Außerhalb lag eine unbekannte, eine gefährliche Welt. Wenn es dunkel wurde, dann kam die Angst wieder, wenn der süßlich-faulige Geruch der Toten über die Mauer kroch. Rums! In diesem Moment öffnete sich abermals das Eisentor. Sie waren doch noch zurückgekommen. Langsamer als beim ersten Mal stiegen die großen weißen Männer aus dem Auto, sie schwitzten, keuchten und verschwanden wieder

in der finsternen Höhle des Hauses. Wo sie wohl gewesen waren? Was sie wohl erlebt hatten? Nelsons Neugierde war kaum zu bremsen. Bis zur Stufe, die hinauf zur Tür ins Haus führt, hatte er sich schon vorgewagt – da passierte es. Just zu diesem Zeitpunkt, als Nelson seinen ganzen Mut zusammengenommen hatte, trat einer der Männer aus dem Haus. Was dieser sagte, verstand Nelson nicht, doch die riesige Hand auf seinem Kopf fühlte sich nicht bedrohlich an. Ein zweiter kam heraus, dann ein dritter; und alle marschierten sie los in Richtung seiner Mutter. Mit weit aufgerissenen Augen tapste Nelson neben dem Trio her, bis unter die Plastikplane. Alles lief nun rasend schnell ab, viel zu schnell für ihn. Eines dieser blank polierten Bestecke kam zum Vorschein, gleich darauf schrie die Mutter, aus den Fläschchen tropften eigenartige Flüssigkeiten auf die Wunde, die sofort in ein weißes Tuch gehüllt wurde. Nelson hatte keine Angst vor den Männern, aber wohl war ihm auch nicht gerade zumute. Dann blickte er zu seiner Mutter. Sie lächelte. Das erste Mal seit langer Zeit.

---

**Andreas Tröscher** ist Chronik-Redakteur der APA – Austria Presse Agentur.



## TADSCHIKISTAN > Behörden lassen Frauen im Stich

Die tadschikische Regierung unternimmt zu wenig, um die Rechte von Frauen zu schützen. Das belegt ein Bericht von Amnesty International, der den psychischen, physischen und sexuellen Missbrauch von Frauen in Tadschikistan dokumentiert. „Frauen werden geschlagen, misshandelt und vergewaltigt, doch anstatt ihre fundamentalen Rechte zu schützen, lassen die Behörden die Opfer in den meisten Fällen im Stich“, so Amnesty-Expertin Andrea Strasser-Camagni. Für tadschikische Behörden gilt Gewalt gegen Frauen meist nicht als Straftat, stattdessen wird häusliche Gewalt als Familienangelegenheit betrachtet, und sexuelle Übergriffe an Frauen werden als deren eigene Schuld gesehen.



## AMNESTY INTERNATIONAL > Neuer Generalsekretär

Amnesty International hat einen neuen internationalen Generalsekretär: Salil Shetty. Der Inder war sechs Jahre lang Direktor der UNO-Millenniumskampagne zur Verringerung der Armut. Davor leitete er die Organisation Action-Aid, die sich ebenfalls der Armutsbekämpfung widmet. Shetty, der seinen neuen Posten im Juni 2010 antreten wird, löst Irene Khan ab, die nach acht Jahren an der Spitze Ende 2009 zurückgetreten ist. „Es ist eine große Ehre für mich, diese Aufgabe in einer Zeit zu übernehmen, in der die Welt Menschenrechte mehr denn je braucht“, so Shetty.



Ignace Murwanashyaka

## DEUTSCHLAND/DR KONGO > Massenmorde per Telefon

Jahrelang organisierten sie von Deutschland aus Massenmorde und Plünderungen im Kongo – per Satellitentelefon. Nun sitzen sie in Haft: Der Präsident der Hutu-Miliz FDLR, Ignace Murwanashyaka, und sein Stellvertreter wurden am 17. November 2009 vom Bundeskriminalamt in Mannheim und Nürtingen wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhaftet. Die FDLR sind verantwortlich für zahllose Massaker an ZivilistInnen, systematische Vergewaltigungen und die Rekrutierung von KindersoldatInnen.



## PALÄSTINENSISCHE AUTONOMIEGEBIETE > Saed Yassin verhaftet

Im Oktober 2009 wurde der palästinensische Menschenrechtsverteidiger Saed Yassin nach drei Jahren aus israelischer Administrativhaft entlassen. Einen knappen Monat später wurde er jedoch von Sicherheitskräften der Palästinensischen Autonomiebehörde verhaftet. Es gibt keine Anklage gegen ihn, die Verhaftung könnte aber in Zusammenhang mit seiner früheren Arbeit für eine Gefangenenhilfsorganisation stehen.

## AKTION

**Saed Yassin braucht heute mehr denn je unsere Unterstützung!** Beteiligen Sie sich an unserer Solidaritätsaktion und machen Sie Druck auf die palästinensischen Behörden: [www.amnesty.at/yassin](http://www.amnesty.at/yassin)

## NIGERIA > Polizei tötet nach Belieben

Hunderte Menschen werden jedes Jahr von den nigerianischen Sicherheitskräften getötet. ZivilistInnen werden erschossen und in Haft zu Tode gefoltert. Als Begründung geben die Polizeikräfte an, die Opfer seien bewaffnete RäuberInnen gewesen oder hätten versucht zu fliehen. Der „Nigerianische Polizeierlass 237“ erlaubt der Polizei, auf Verdächtige zu schießen, wenn diese versuchen zu fliehen – unabhängig davon, ob sie eine Gefahr für andere darstellen oder nicht. Amnesty kritisiert diesen Erlass als Lizenz zum Töten.



# EINEN FUSS IM GRAB

Burkina Faso gehört zu den ärmsten Ländern der Erde. Sechs von zehn Menschen leben von weniger als einem Dollar am Tag. Als Folge dieser Armut ist eine Schwangerschaft lebensgefährlich. Ein Amnesty-Bericht dokumentiert die Gründe für die hohe Müttersterblichkeit und zeigt, dass mit einfachen Maßnahmen viele Leben gerettet werden könnten. *Von Jeannette Goddar*

**A**ïcha lernte ihr erstes Kind nie kennen. Sie starb bei dessen Geburt, mit 21 Jahren. An ihrer Stelle kümmert sich die Großmutter um das Baby. Die Geschichte, die zu ihrem Tod führte, ist eine, wie sie die Menschen in Aïchas Umgebung schon häufig erlebt haben. Mehr als 2.000 Frauen sterben in Burkina Faso in jedem Jahr bei oder gleich nach einer Geburt. Weltweit überlebt jede Minute eine Frau die Entbindung nicht. Die Weltgesundheitsorganisation spricht von einer „unsichtbaren Epidemie“. Und von einer, die sich

nicht ereignen müsste. Die allermeisten Todesfälle wären vermeidbar. Auch Aïcha könnte noch leben. Sie war 20, als sie schwanger wurde. Bis zum letzten Tag musste sie arbeiten. In der burkinischen Hauptstadt Ouagadougou verkaufte sie selbst gekochtes Essen am Straßenrand, mehrere Kilometer Fußmarsch entfernt von ihrem Zuhause. In einer Nacht im April 2008 brachte sie in einem Gesundheitszentrum ihren Sohn zur Welt. Sie bekam starke Blutungen und wurde auf Empfehlung ihrer Hebamme in ein Krankenhaus in der Nähe

verlegt. Die Überführung ließ sich der Krankenwagenfahrer – unzulässigerweise – bezahlen: mit 3,50 Dollar. Im Krankenhaus angekommen, musste ihr Ehemann 18 Dollar für Tabletten und 4,50 für einen Bluttest bezahlen. Weil das Blut vor Ort nicht analysiert werden konnte, musste er es selbst mitten in der Nacht mit dem Taxi in eine Spezialklinik bringen. Als er zurückkehrte, dämmerte der Tag. Um 5.18 Uhr war Aïcha gestorben. „Sie hatte kein Blut mehr“, sagte ein Arzt. Aïchas Schwangerschaft macht das Drama der unnötig hohen Mütter-

sterblichkeit besonders deutlich: Die werdende Mutter war nicht besonders jung, nicht besonders alt, nicht mit dem HI- und auch mit keinem anderen Virus infiziert. Sie lebte in einer intakten Familie; in einer Großstadt, in der Gesundheitseinrichtungen nicht unerreichbar sind. Und: in einem Land, das sich des Problems durchaus bewusst ist. In den vergangenen zehn Jahren sind – nicht zuletzt mit Unterstützung internationaler GeberInnen und Spendenorganisationen – umfassende Strategien zur Reduzierung der Müttersterblichkeit entwickelt worden. So sichert die Regierung seit 2006 zu, 80 Prozent der klinischen Kosten für Geburt und Geburtsvorsorge zu übernehmen. Es wurde mehr medizinisches Personal ausgebildet und ein Schwerpunkt auf Geburtshilfe gelegt. Und dennoch: Auch drei Jahre nachdem die Familienplanung eine nationale Strategie wurde, ist das Ziel in weiter Ferne. Trotz einiger Fortschritte ist die Lage ernst. Zwar verdoppelte sich von 2005 bis 2008 die Zahl der medizinisch begleiteten Geburten nahezu, von fast 38 Prozent auf über 65 Prozent. Ländliche Regionen sind davon allerdings nicht betroffen. Bei jeder zehnten Geburt am Land ist professionelles Personal anwesend; gibt es im Umkreis von zehn Kilometern kein Gesundheitszentrum, dann entbinden 19 von 20 Frauen ohne medizinische Hilfe.

**STAAT MUSS MEDIZINISCHE GRUNDVERSORGUNG SICHERSTELLEN.** Der Grund für die hohe Anzahl an Todesfällen ist immer wieder der gleiche: Frauen sind auf Blut angewiesen, bekommen aber keines. Selbst in der Hauptstadt Ouagadougou haben Krankenhäuser häufig keine Blutkonserven vorrätig. Immer wieder werden bei der Geburt zufällig anwesende Verwandte gebeten, ein paar Liter zu spenden. Vor allem auf dem Land fehlen den Gesundheitsstationen häufig noch viel elementarere Dinge: Elektrizität zum Beispiel oder Reinigungsmittel. Auch Geburtshindernisse wie schwierige Lagen des Kindes oder plötzliche Infektionen führen zum Tod, wenn die Mütter gar nicht oder zu spät ein Krankenhaus erreichen. Oft ist das Krankenhaus zu weit weg, oder es fehlt ein Transportmittel, manchmal halten andere, eher kulturelle Gründe die Frauen ab: Insbesondere Frauen aus ländlichen Gebieten erklären immer wieder, von



REUTERS/Katrina Manson

dem medizinischen Personal respektlos und abweisend behandelt zu werden. Schließlich spielt auch die in vielen wenig entwickelten Staaten nahezu endemische Korruption eine Rolle: Häufig können Familien zu Unrecht erhobene Gebühren nicht bezahlen.

Amnesty fordert die Regierung von Burkina Faso dringend auf, die Gewährung des Menschenrechts auf Gesundheit sicherzustellen. Das beginnt bei einem Verbot von Frühehen und Genitalverstümmelung und geht bis zu einer systematischen Evaluation der Gesundheitsdaten. Über allem steht jedoch das Recht der Frauen auf Zugang zu Informationen über ihre sexuellen und reproduktiven Rechte. Damit ein afrikanisches Sprichwort ein bisschen weniger wahr wird: „Eine schwangere Frau hat einen Fuß im Grab und einen auf der Erde.“

**Jeannette Goddar** lebt als Journalistin in Berlin.



Anna Kari

Salam verlor seine Frau bei der Geburt seines nun einjährigen Sohnes Allassan.

## MUTTER WERDEN. OHNE ZU STERBEN

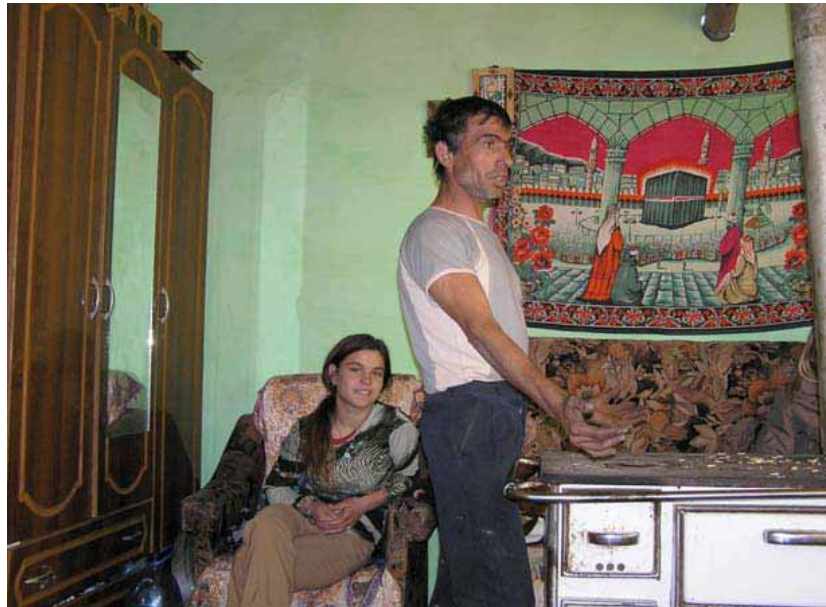
Awa heiratete mit 17 Jahren. 2007, 26-jährig, starb sie unmittelbar nach der Geburt ihres fünften Kindes. Awa ist kein Einzelfall: Mehr als 2.000 Frauen sterben in Burkina Faso pro Jahr aufgrund von Komplikationen während der Schwangerschaft und der Geburt – durchschnittlich fünf Frauen pro Tag. Fast alle könnten durch eine bessere Gesundheitsversorgung gerettet werden. Am höchsten ist die Müttersterblichkeit unter jenen Frauen, die in ärmsten Verhältnissen leben, den geringsten Bildungsstand haben und in ländlichen Regionen wohnen.

## AKTION

**Die Müttersterblichkeitsrate kann drastisch gesenkt werden!** Dass Frauen während der Schwangerschaft oder kurz nach deren Ende aufgrund schlechter medizinischer Versorgung sterben, bedeutet eine Verletzung des Menschenrechts auf Gesundheit und des Rechts auf Leben. Gesundheitsvorsorge muss für alle Frauen zugänglich sein, egal, ob arm oder reich: Geben Sie den Frauen Ihre Stimme! **Lesen Sie mehr unter [www.amnesty.at](http://www.amnesty.at)**



Romaviertel in Tirana



Azis und seine 15-jährige Tochter Migela in ihrer Wohnung.

# ROMA

## Leben in Angst vor dem Bulldozer

Von Claudia Vogt

Zwei Semmeln, Streichkäse, ein Liter Saft, ein Schokoriegel. Macht im Supermarkt 500 Lek, rund vier Euro. Genau so viel kann Azis seiner Frau und den drei Kindern an guten Tagen nach Hause bringen. Eine Müllhalde am Rande der albanischen Hauptstadt Tirana sichert der Romafamilie den Lebensunterhalt: Azis und Adriana sammeln Altmittel und verkaufen es weiter; letztlich wird es im Stahlwerk von Elbasan eingeschmolzen. Mitunter stellt sich heraus, dass Fundstücke einen Besitzer haben: Zwei Jahre habe er schon wegen Diebstahls im Gefängnis verbracht, erzählt Azis. Und die Konkurrenz um die Altwaren werde immer härter.

**VOM LAND IN DIE HAUPTSTADT.** Tirana schwillt seit den 1990er-Jahren kontinuierlich an. Die Menschen kommen aus den ländlichen Regionen Albaniens, mehrheitlich unqualifiziert und ohne Aussicht auf einen Job. Hatte die Stadt vor

15 Jahren etwa 250.000 EinwohnerInnen, so soll nun rund eine Million Menschen in Tirana leben, wo sich eine Mittelschicht gebildet hat und ausländische Unternehmen investieren. Auch immer mehr Roma zieht es in die Hauptstadt. „Sie wissen, hier gibt es etwas zum Überleben“, schildert ein Caritas-Mitarbeiter. Dass Azis österreichischen Journalisten die Tür öffnet, ist dem Streetworker Dede Vataj zu verdanken. Vom Tageszentrum Eden aus betreut er Azis' Kinder. In der Tagesstätte bekommen 62 Mädchen und Buben, darunter Migela, ein warmes Mittagessen und Unterricht. Hier werden sie nicht zum Betteln auf die Straße geschickt, hier dürfen sie Kind sein, und es gibt – oft anders als daheim – fließendes Wasser. Daheim: Das ist für Azis' 15-jährige Tochter Migela eine Baracke im Romaviertel Shkoza; ein gemauertes Zimmer, unverputzt, das Dach aus Spanplatten und Plastikfolie. Der Herd zum Heizen in der Mit-

te ist nur warm, wenn die Familie genügend Holz zusammengetragen hat. Vom Herd führt ein Ofenrohr ins Freie, den Strom zapft die Familie wie viele andere in Albanien illegal ab. Trotzdem ist Migela zuhause um vieles besser als die Vorschläge aus Karton, die anderen als Unterschlupf dienen müssen.

„Ich brauche nicht mehr“, sagt Azis, wenn man ihn nach seinen Wünschen fragt, und deutet auf das spärlich eingerichtete Zimmer, in dem gekocht, gegessen und geschlafen wird: „Ich will nur, dass das hier mir gehört.“ Er hat sogar beim zuständigen Bezirksvorsteher angefragt; Herr Halebi gilt als einer der wenigen Politiker, die ein offenes Ohr für Roma haben. „Er hat gesagt, mir müsse klar sein, dass ich das Zimmer irgendwann wieder abreißen muss.“ Denn das Grundstück, auf dem Azis' Behausung steht, könnte einen Privatbesitzer haben.

Die albanische Regierung versucht seit Jahren, die Eigentumsverhältnisse in

dem einst kommunistischen Balkanstaat zu klären. Informelle Siedlungen wuchern rund um die Städte; die Menschen bauen ohne Genehmigung – auch weil es viel zu lange dauern würde, eine Klärung abzuwarten. Aber selbst wenn kein privater Eigentümer Anspruch auf Azis' Lebensraum erhebt, ist seine Familie nicht sicher. Die Familie musste schon einmal eine Baracke am Flussufer mitten in der Stadt verlassen. Der sozialistische Bürgermeister Tiranás, der Künstler Edi Rama, hatte 2001 beschlossen, der Verhüttelung der Stadt Einhalt zu gebieten. Er ließ die illegalen Bauten im Zentrum und entlang der Lana dem Erdboden gleichmachen.

### POLITISCH BEDEUTUNGSLOS, OHNE LOBBY.

Den Bulldozern fielen zwar auch Politikerwohnungen zum Opfer – diesen Mut rechnen viele EinwohnerInnen ihrem Stadtchef offenbar hoch an –, aber die um ihre Hütten gebrachten Roma können am wenigsten mit einer Entschädigung rechnen. „Die Roma existieren für die Stadt einfach nicht“, sagt Streetworker Vataj. Azis' Name kam damals auf eine Liste, und dort steht er bis heute. Die auf bis zu 120.000 geschätzten Roma in Albanien – viele flüchteten aus dem benachbarten Kosovo – sind für die Regierung unsichtbar: Sie sind politisch irrelevant, sie wählen nicht und haben keine Lobby.

Der 2009 wiedergewählte Regierungschef Sali Berisha gibt sich großzügig, wenn es um die zugezogenen AlbanerInnen geht, die ihre Häuser ohne jede Genehmigung an Tiranás Rändern bauen, etwa in Kënetë; auf Grundstücken, die bis zu drei BesitzerInnen gleichzeitig haben könnten, ohne Anschluss ans Strom- oder Kanalnetz. „Es ist ihr Recht, eine bessere Zukunft zu suchen“, sagt er. Er sei diesen Menschen sogar „dankbar“, dass sie keine „shanty towns“, also Barackensiedlungen gebaut hätten: „Sie haben Häuser, gute Häuser, gebaut. Die Albaner sind gute Arbeiter, das weiß ich. Deshalb stehe ich auf ihrer Seite.“ Wer es sich leisten kann, hat die Möglichkeit, sein Haus nachträglich zu legalisieren und das Grundstück um ein Fünftel des eigentlichen Wertes zu erwerben. Azis freilich muss weiter bangen.

**Claudia Vogt** ist Pressereferentin bei Amnesty Österreich und hat 2008 in Albanien vor Ort recherchiert.



MIT MENSCHENRECHTEN GEGEN ARMUT

In diesen Metallcontainern leben Romafamilien in der rumänischen Stadt Miercurea Ciuc seit fünf Jahren.

## WOHNEN. IN WÜRDE.

### Roma in Rumänien

Die Regierung zwingt sie, ihre Wohnung zu verlassen, weil ihr Haus abgerissen werden muss; als Ersatz bekommen sie einen Blechcontainer außerhalb der Stadt, wo es keine Heizung, kein fließendes Wasser und keinen Strom gibt: Roma in Rumänien, behandelt wie Müll.

„Die Häuser saugen sich mit dem Gestank der nahe liegenden Kläranlage voll, weswegen sich die Kinder ihre Gesichter mit Kissen zudecken. Ich hatte noch einen Sohn, ein Baby, er starb mit vier Monaten. Ich habe Angst, auch noch die anderen Kinder zu verlieren. Ich möchte hier weg. Sonst will ich nichts.“ Ilana, Mai 2009.

Amnesty International setzt sich für die Rechte von Menschen ein, die von Zwangsumsiedlungen betroffen sind. Rechtswidrige Zwangsumsiedlungen sind eine schwere Menschenrechtsverletzung.

## AKTION

**Verhelfen Sie den Menschen in Rumänien zu ihrem Recht.** Versenden Sie die Appellpostkarte an den Bürgermeister von Miercurea Ciuc auf Seite 19 oder unterschreiben Sie den Online-Appell: [www.amnesty.at](http://www.amnesty.at)



## DOMINIKANISCHE REPUBLIK > Dankesbrief von Sonia Pierre

Amnesty International Österreich hat sich 2009 intensiv für Sonia Pierre eingesetzt, eine Menschenrechtsverteidigerin aus der Dominikanischen Republik, die für die Rechte der haitianischen Gemeinschaft kämpft. Ende 2009 bestärkt sie alle, die sich für sie eingesetzt haben, mit einem Dankesbrief: „Ich möchte allen Menschen danken, die mir aus Solidarität mit unserem Anliegen geschrieben haben. Es gibt Menschen, die ich nicht persönlich kenne, die uns aber mit ihren Worten der Ermutigung beflügeln und stärken. Diese Stärke ist das, was wir als MenschenrechtsverteidigerInnen brauchen, um weiter für unveränderliche Rechte einzutreten, wie etwa das Recht auf eine Nationalität, Erziehung und das Recht auf ein Leben in Würde. Unsere jahrelangen Bemühungen fordern ihren Tribut von uns, mit der Zusatzbelastung, Frau und Mutter zu sein. Das macht uns wirklich verletzlich, denn wir sind verantwortlich für die Familien von vielen Menschen. In diesem Bemühen werden wir durch Schikanen gegen unsere Familien, unsere Söhne und Töchter bedroht. Das ist der Grund dafür, dass ich Ihnen danken möchte für die Ermutigung und die Solidarität in Form dieser Postkarten. Ich bin so dankbar, das ist der schönste Lohn, den ich in meinem ganzen Leben bekommen habe: zu wissen, dass ich die Unterstützung so vieler Menschen genieße und so viele an mich und meine Familie denken, dass sie alle Anteil nehmen.“

## Erfolge



Zwangsräumung im August 2009.

### BRASIL IEN > Recht auf Wohnen erkämpft

Einen durchschlagenden Erfolg im Kampf um ihr Recht auf Wohnen erzielten die 800 Familien, die im August 2009 von dem Gelände Olga Benário in São Paulo vertrieben worden waren: Aufgrund des Drucks lokaler und internationaler Organisationen, darunter Amnesty International, haben die Behörden Anfang Dezember beschlossen, auf dem Gelände Sozialwohnungen für die betroffenen Familien zu bauen. Die rabiante Vorgehensweise der Polizei bei der Zwangsräumung hatte zu Panik unter den Familien geführt, Brände brachen aus, und ihre Habseligkeiten wurden teilweise zerstört.

### SRI LANKA > Ehepaar aus Haft entlassen



Vettivel Jasikaran

Der Journalist Vettivel Jasikaran und seine Ehefrau Valarmathi wurden am 26. Oktober 2009 aus der Haft entlassen. Die für Terrorismusfahndung zuständige Polizeieinheit TID hatte sie am 6. März 2008 wegen Verdachts auf „terroristische Aktivitäten“ in Gewahrsam genommen. In einer Klage beim obersten Gerichtshof legten die beiden dar, dass ihre Haft rechtswidrig war und Vettivel Jasikaran im Gewahrsam der TID gefoltert wurde. Amnesty hatte mit Urgent Actions ihre Freilassung gefordert. Der Gerichtshof gab ihrer Klage statt und sprach sie in allen Anklagepunkten frei.

### RUSSLAND > Nein zur Todesstrafe

Die Abschaffung der Todesstrafe in Russland rückt näher. Das russische Verfassungsgericht verlängerte Ende November 2009 das bestehende Hinrichtungsmoratorium und empfahl die Abschaffung der Todesstrafe. Amnesty International begrüßte die Entscheidung als wichtigen Schritt und forderte Russland auf, die Todesstrafe ganz aus den Gesetzbüchern zu streichen. Die Vollstreckung der Todesstrafe ist in Russland seit 1999 ausgesetzt. Seit 1998 hat Russland niemanden mehr hingerichtet und sich auch international für eine Welt ohne Todesstrafe engagiert.



AP Photo/Stuart Ramson

## „Diese Kinder wollen ein normales Leben führen“

Somaly Mam im Interview mit Ali Al-Nasani

**A**ls Kind wurde Somaly Mam wie eine Sklavin verkauft und als Jugendliche zur Prostitution gezwungen. Doch die Kambodschanerin konnte sich befreien und setzt sich seit Jahren als Präsidentin der Somaly Mam Foundation und als Gründerin der Organisation AFESIP gegen Menschenhandel und Sexsklaverei ein. Ein Gespräch über Korruption, Armut und das mangelnde Engagement gegen Kinderprostitution.

**Amnesty Journal:** *In Kambodscha und den angrenzenden Staaten werden täglich tausende Frauen und Mädchen zu Opfern sexueller Ausbeutung. Unternehmen die Regierungen genug, um Zwangsprostitution und Menschenhandel zu verhindern?*

**Somaly Mam:** Es gibt immerhin Bewegung bei diesem Thema. Die kambodschanische Regierung hat 2008 aufgrund des internationalen Drucks ein Gesetz gegen Menschenhandel erlassen. Doch das ist nicht genug, denn es handelt sich um ein weltweites Problem. In

Indien oder Pakistan, in Osteuropa und Afrika gibt es keine Gesetze gegen Menschenhandel. Ich will ein Beispiel geben: Ein achtjähriges Mädchen aus Kambodscha wurde an die chinesischen Syndikate, die Triaden, verkauft, zwei Jahre später verkauften die Chinesen sie an die Yakuza, die japanische Mafia. Von dort wurde das Mädchen weitergehandelt an einen südamerikanischen Klan, von dort ging es weiter über Brasilien und Kolumbien nach Mexiko. Schließlich wurde sie in Los Angeles auf der Straße aufgegriffen. Da war das Mädchen 14 Jahre alt. Wir sehen also, dass das organisierte Verbrechen international kooperiert und Menschen über Grenzen hinweg handelt. Leider sind NGOs und Regierungen nicht so gut international vernetzt, wie es diese Banden sind.

**Wie arbeitet Ihre Stiftung, die Somaly Mam Foundation?**

Unser Ziel ist es, Kinder aus der Sexsklaverei zu retten. Wir gehen in die Bordelle und sprechen mit den Mädchen, die

dort arbeiten müssen. Wir zeigen ihnen Alternativen auf und stellen ihnen medizinische Versorgung und eine Unterkunft zur Verfügung. Gleichzeitig bieten wir ihnen eine schulische und handwerkliche Ausbildung an. Diese Kinder wollen ja ein normales Leben führen, in die Schule gehen und in einer Familie leben. Durch unsere finanzielle Unterstützung können wir den Mädchen ein anderes Leben bieten.

**Wie lange bleiben die Mädchen bei Ihnen?**

Sie kommen zunächst für drei Monate und können Vertrauen aufbauen. Das ist sehr wichtig. Sie entscheiden, ob sie bleiben wollen oder in ihre Familien zurückkehren. Wenn sie dann unsere Einrichtung verlassen, halten wir Kontakt und bieten für weitere drei Jahre psychologische und medizinische Hilfe an. Einige der Mädchen arbeiten dann in unserer Stiftung mit. Unser Programm „Überlebende helfen Überlebenden“ ist sehr erfolgreich. Die Mädchen, die früher Opfer



Kambodschanische Prostituierte in Phnom Penh. 2008 wurde aufgrund des internationalen Drucks ein Gesetz gegen Menschenhandel erlassen.

der Sexsklaverei wurden, haben nun die Möglichkeit, anderen Mädchen zu helfen. Ich glaube an die Kraft der Überlebenden. Denn natürlich sprechen die Kinderklaven eher mit einer Überlebenden, weil sie hier Vertrauen haben können und vor Augen geführt bekommen, dass es einen Ausweg gibt. Wir arbeiten seit zwölf Jahren mit unserer Organisation und konnten etwa 5.000 Mädchen retten.

#### *Welche Rolle spielt Armut?*

Es gibt eine klare Verbindung zwischen Armut und Kinderhandel. Manche Familien in Kambodscha sind so arm, dass sie ihre Kinder verkaufen müssen. Gleichzeitig bewirken die Menschenrechtsverletzungen, dass diese Kinder, vor allem die Mädchen, weiterhin in Armut leben müssen. Wir müssen diesen Teufelskreis durchbrechen, und Bildung spielt dabei eine wichtige Rolle. Solange die Eltern viel Geld für die Ausbildung der Kinder aufbringen müssen und Mädchen gegenüber Jungen benachteiligt werden, wird dieses Problem bestehen bleiben. Wir brauchen eine neue Politik. Zudem muss sich auch die Mentalität der Gesellschaft ändern, um der Ungleichheit zwischen Jungen und Mädchen ein Ende zu bereiten.

#### *Was muss dafür getan werden?*

Die asiatischen oder auch afrikanischen Regierungen müssen für dieses Problem sensibilisiert werden. Wir brauchen Zeugenschutzprogramme zum Schutz der Opfer. Gleichzeitig müssen strenge Gesetze erlassen werden, die die Männer zur Rechenschaft ziehen. Es wurde in der Vergangenheit schon zu viel geredet und zu wenig gehandelt. Die Politik unternimmt einfach zu wenig, um dieses Problem zu lösen.

#### *Könnte die internationale Gemeinschaft hier helfen?*

In den letzten Jahren wurde viel über dieses Problem gesprochen, das sich in Kambodscha, Laos und Vietnam ähnlich darstellt. Jetzt müssen Taten folgen. Natürlich können wir 100 Mädchen aus den Bordellen herausholen. Doch solange sich nichts an der Durchsetzung des Rechts ändert, solange Korruption und Armut herrschen, werden 100 neue Mädchen in die Prostitution gezwungen. Es handelt sich hier um organisiertes Verbrechen. Und dagegen muss sich die internationale Staatengemeinschaft zur Wehr setzen. Zu einem ehrlichen Engagement gehört, dass die westlichen Staa-



#### **Das Schweigen der Unschuld**

von Somaly Mam

Verlag Marion von Schröder

März 2006

ISBN 3547711088

ten die Männer, die Kinder in Bordellen missbrauchen, auch in ihren Heimatländern zur Rechenschaft ziehen. Notfalls müssen für die extraterritoriale Strafverfolgung Gesetze geändert werden. Wenn Sex mit Kindern in den westlichen Staaten verboten ist, dürfen Männer nicht straffrei ausgehen, die deswegen in Entwicklungsländer fahren.

#### *Wie können Menschen im Ausland Sie unterstützen?*

Das werde ich oft gefragt. Natürlich brauchen wir immer finanzielle Unterstützung. Aber auch Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit können hilfreich sein. Tourismusunternehmen sollten angesprochen werden, um auf das Problem der Kinderprostitution aufmerksam zu machen. Nur wenn wir international zusammenarbeiten, jeder an seinem Ort, können wir dem Problem beikommen. Man kann auch mit unserer Stiftung Kontakt aufnehmen, zum Beispiel über unsere Website unter <http://www.somaly.org>. Jede Postkarte oder jedes E-Mail mit einem Gruß ist eine große psychologische Unterstützung für uns. Wenn die Mädchen sehen, dass irgendwo auf der Welt jemand an sie denkt, hilft ihnen das enorm.

Bei einer Volksabstimmung in der Schweiz haben sich 57,5 Prozent gegen den Bau neuer Minarette ausgesprochen. Bei einer Beteiligung von 53 Prozent sind das rund 30 Prozent aller stimmberechtigten SchweizerInnen. Dass es bei dieser Abstimmung um mehr ging als ein simples Bauverbot, machte Ueli Maurer klar, der für die rechtskonservative Schweizerische Volkspartei (SVP) in der Bundesregierung sitzt: „Das ist die erste Überfremdungsinitiative, die angenommen wurde.“

Mit dem Verbot sind eigentlich nicht Bauwerke gemeint, sondern Menschen: im konkreten Fall MuslimInnen, aber allgemeiner „die AusländerInnen“ insgesamt. Der Schock sitzt immer noch tief, denn kaum jemand hatte mit einem Erfolg der Initiative gerechnet. Die Schweizer Regierung und – mit Ausnahme der SVP – alle größeren Parteien hatten aufgerufen, gegen das Minarettverbot zu stimmen. Das war's allerdings auch schon. Weder hatte das Parlament einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, noch engagierten sich die Parteien im Abstimmungskampf. Dabei hätte es gar nie zu dieser Abstimmung kommen dürfen: Schuld an der Situation ist ein schwaches Parlament, dem einmal mehr die Zivilcourage fehlte, eine Initiative für ungültig zu erklären, die gegen nationales und internationales Recht verstößt.

**WEIT VERBREITET IN EUROPA: DISKRIMINIERUNG UND RASSISMUS.** Die direkte Demokratie der Schweiz bringt es mit sich, dass hin und wieder Stimmungen an die Oberfläche gespült werden, die in anderen Ländern allzu leicht unter den Teppich gekehrt werden können. Ein im Dezember 2009 veröffentlichter Bericht der EU-Agentur für Grundrechte zeigt, wie weit verbreitet die Diskriminierung von Minderheiten in der EU ist. Demnach wurde eine/r von drei MuslimInnen in den letzten zwölf Monaten diskriminiert. Der Applaus der extrem rechten Parteien in anderen europäischen Staaten – wie der Dansk Folkeparti (Dänischen Volkspartei), der italienischen Lega Nord, der FPÖ, des Front National in Frankreich und Belgien und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) – macht deutlich, dass die Schweiz auch in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Rassismus kein Sonderfall ist. Das ist aller-



Die Schweiz ist tief gespalten: oben das Plakat der interreligiösen Arbeitsgemeinschaft IRAS COTIS, unten das Plakat der SVP.

AP Photo/Keystone, Urs Flueeler

## MINARETTVERBOT: Gemeint sind die Menschen

Von Jürg Keller

dings weder Trost noch Entschuldigung. Wie der Konflikt zwischen direkter Demokratie und Rechtsstaat entspannt werden kann, hat Liechtenstein 1992 vorgebracht. Das Fürstentum führte vor dem Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum die Vorprüfung von Volksinitiativen ein, um zu verhindern, dass übergeordnetes Recht verletzt wird. Eine solche Vorprüfung ist auch in der Schweiz nötig. Der entsprechende Verfassungsartikel könnte gemäß Alain Griffel, Staatsrechtler an der Universität Zürich, lauten: „Eine Volksinitiative, die gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, gegen andere Menschenrechtsgarantien oder gegen die Grundwerte dieser Verfassung verstößt, ist ungültig.“

Das Bauverbot für Minarette wird – daran bestehen kaum Zweifel – beim Euro-

päischen Gerichtshof für Menschenrechte durchfallen. Für diesen Fall hat die SVP verlautet, sie werde die Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention verlangen. Die Minarettabstimmung vom 29. November 2009 zeigt, dass einmal erstrittene Errungenschaften immer wieder verteidigt werden müssen, damit sie Bestand haben. Es geht nach dieser Abstimmung darum, die Bedeutung von rechtsstaatlichen Prinzipien, Völkerrecht und Menschenrechten in Erinnerung zu rufen und fest im Bewusstsein der Menschen zu verankern. Denn sie sind die Basis der Demokratie, und wer sie infrage stellt, stellt die Demokratie infrage.

Jürg Keller ist Chefredakteur des Schweizer *Amnesty Journals*.

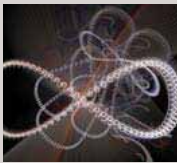
# Aktiv für Menschenrechte

AMNESTY  
INTERNATIONAL



## ACADEMY

Die Amnesty Academy bietet in den folgenden Wochen und Monaten wieder spannende Bildungsveranstaltungen. Themen sind beispielsweise Rassismus in der österreichischen Politik und der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Menschenrechten. Auch werden spannende Einblicke in nicht Alltägliches geboten: Die TeilnehmerInnen haben die Möglichkeit, der Menschenrechtsabteilung des Außenministeriums und dem UN-Flüchtlingshochkommissariat einen Besuch abzustatten und mit VertreterInnen der islamischen Glaubensgemeinschaft in einem Gebetsraum über Islam und Menschenrechte zu diskutieren.



**Das Mitmachinternet.** Aktiv für Menschenrechte mit Web 2.0 & Co.  
Samstag, 20. März 2010, 10.00–17.00 Uhr

**Hinschauen, wo andere wegschauen.** Zivilcourage ist erlernbar  
Samstag, 27. März 2010, 10.00–17.00 Uhr



**Wo kämen wir denn da hin?** Argumentation und Gesprächsführung  
Samstag, 10. April 2010, 10.00–18.00 Uhr

**Auf Kosten anderer.** Rassismus in der österreichischen Politik  
Samstag, 17. April 2010, 14.00–18.00 Uhr



**Ich habe, du hast ... Die Vielfältigkeit der Armut**  
Freitag, 23. April 2010, 18.00–21.00 Uhr

**Eine hitzige Debatte!** Klimawandel und Menschenrechte  
Samstag, 8. Mai 2010, 10.00–16.00 Uhr



**Islam.** Leben mit Vorurteilen – Strategien dagegen  
Samstag, 15. Mai 2010, 10.00–16.00 Uhr

Nähere Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen finden Sie unter <http://www.amnesty-academy.at>

## RADIO AMNESTY



Willkommen bei *Amnesty informiert*, der monatlichen Sendung für Menschenrechte: recherchieren zu einem Menschenrechtsthema, spannende Leute einladen und mit diesen diskutieren – das sind nur ein paar Dinge, die Amnesty-AktivistInnen motivieren, eine eigene Radiosendung zu gestalten. „Unser Aufnahmegerät haben wir überall mit dabei“, erzählt Kathi Weberhofer aus Graz. Martin Walther aus Linz meint: „Unsere Sendungen werden in der Zwischenzeit schon von anderen freien Radios ausgeborgt und wiederholt!“

**Hören Sie am Besten selbst rein:**  
Amnesty live.

Jeden zweiten Montag im Monat, 19.00 bis 20.00 Uhr  
Radio FRO, 105,0 MHz, in Linz und Umgebung oder weltweit auf <http://www.fro.at>  
Wiederholung dienstags, 14.00 Uhr

Samstags ungerader Kalenderwochen, 15.00 Uhr: Radio Helsinki, 92,6 MHz, in Graz und Umgebung  
Donnerstags gerader Kalenderwochen, 16.00 Uhr, unter <http://www.helsinki.at/live-stream.php>

**Fragen und Antworten:**

Amnesty-Gruppe Linz, [www.amnesty-linz.at](http://www.amnesty-linz.at)  
Amnesty-Gruppe Graz, [www.amnesty-graz.at](http://www.amnesty-graz.at)

Privat



Georges Younes

## BILDUNG erfolgt nicht nur im Klassenzimmer

„Ich glaube fest daran, dass wir die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte sowohl auf Regierungsebene als auch in zwischenmenschlichen Beziehungen durch Bildung erreichen können. Denn Bildung erfolgt nicht nur in Klassenzimmern, sondern auch an Stammtischen, auf Spielplätzen oder auf der Straße. Amnesty ist von international herausragender Bedeutung für die Menschenrechtsbildung, weshalb auch ich Teil dieser Bewegung sein möchte“, so Georges Younes.

Das „Aktivismus, Campaigning und Training Team – ACT“ hat Verstärkung bekommen. Als neuer Praktikant im Bereich Menschenrechtsbildung arbeitet Georges Younes am Entwurf neuer Tools für die Menschenrechtsbildung mit und engagiert sich auch bei der Amnesty Academy. Unmittelbar nach seiner Promovierung zum Master in Konfliktforschung hat er im Headquarters von Amnesty International in London in der Abteilung für Menschenrechtsbildung gearbeitet. Dort war er für das „Human Rights Friendly Schools“-Projekt zuständig und betreute in diesem Rahmen 14 Amnesty-Sektionen und 15 Schulen weltweit. Ziel dieses Projektes ist die Schaffung einer universellen Menschenrechtskultur im und durch den Schulbereich.

Sie können unmittelbar etwas bewegen: mit den Appellkarten auf den nächsten zwei Seiten. Der massive internationale Druck von Menschen wie Ihnen zeigt Wirkung: Unschuldige werden freigelassen, bedrohte Menschen werden geschützt, zum Tode Verurteilte werden nicht hingerichtet. Ihre Unterschrift macht einen Unterschied! **(Bitte schicken Sie die Appelle direkt an die angegebene Adresse und nicht an das AI-Büro.)**

Wenn Sie sich regelmäßig gegen drohende Menschenrechtsverletzungen einsetzen möchten, werden Sie doch Teil unseres Urgent-Action-Netzwerkes: Schreiben Sie dazu ein E-Mail an [urgent.action@amnesty.at](mailto:urgent.action@amnesty.at) mit dem Betreff „UA-Netzwerk“. Weitere Appelle finden Sie außerdem auf unserer Website <http://www.amnesty.at>.

## Roma in Rumänien: Behandelt wie Müll



Etwa 75 Roma – darunter Familien mit kleinen Kindern – leben seit 2004 in Blechcontainern und Buden neben einer Kläranlage am Stadtrand von Miercurea Ciuc beziehungsweise Csíkszereda, wie der ungarische Name der Stadt lautet. Sie wurden aus einem Abbruchhaus im Zentrum der Hauptstadt des Bezirks Hargita (auf Rumänisch: Harghita) in Zentralrumänien dorthin gebracht, obwohl diese Gegend für die Ansiedlung von Menschen womöglich gesundheitsschädlich ist. Es hieß, das wäre nur vorübergehend und im Interesse ihrer Sicherheit. Nach mehr als fünf Jahren und verschiedenen gerichtlichen Klagen hat sich die Situation für die BewohnerInnen nicht geändert. Weiterhin werden ihre Forderungen nach grundlegenden Rechten ignoriert und ihre Menschenrechte verletzt. Die zuständigen PolitikerInnen sind aufgerufen, den BewohnerInnen endlich adäquaten Wohnraum in der Nähe öffentlicher Dienste und Infrastruktur und in einem sicheren und gesunden Umfeld bereitzustellen.

**Werden Sie aktiv!**  
**Für die Menschen in Csíkszereda!**  
**Appellieren Sie an den Bürgermeister von Csíkszereda!**

(Porto Standardbrief bis 20 g: EUR 0,65)

## Nicaragua: Neun Frauenrechtlerinnen schikaniert



Mahnwache für Frauenrechte in Nicaragua.

In Nicaragua sehen sich neun Menschenrechtsverteidigerinnen mit einer Anklage konfrontiert. Stein des Anstoßes ist der Fall eines neunjährigen Mädchens, das im Jahr 2003 vergewaltigt worden war. Sie wurde schwanger und hat das Kind – damals noch legal – abgetrieben. Die neun Frauen, allesamt in verschiedenen Menschenrechtsorganisationen des Landes tätig, hatten sich des Falles angenommen, als die Abtreibungsgesetze 2008 in Nicaragua geändert wurden. Abtreibungen sind jetzt unter allen Umständen verboten. Auch Frauen und Kinder, deren Gesundheit oder Leben durch eine Schwangerschaft bedroht ist, müssen ihre Kinder auf die Welt bringen. Dagegen haben sich die neun Frauen ausgesprochen. Daraufhin wurden sie von einer kirchlichen Organisation angezeigt.

**Setzen Sie sich dafür ein, dass die neun Frauen ihre Arbeit ausüben können, ohne bedroht und eingeschüchert zu werden.**

(Porto Standardbrief bis 20 g: EUR 1,40)

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister,*

ich schreibe Ihnen, um meiner Sorge über die Lebensbedingungen der Roma Ausdruck zu verleihen, welche von den lokalen Behörden aus dem Zentrum der Stadt bereits 2004 neben eine Kläranlage am Ende der Primaveraii-Straße umgesiedelt wurden. Die derzeitigen Lebensbedingungen der Menschen verletzen internationale Menschenrechtsstandards, die auch für die Behörden von Csíkszereda gelten. Sie müssen sicherstellen, dass allen Menschen das Recht auf adäquates Wohnen ohne Diskriminierung zuteil wird.

Ich bedaure besonders, dass die lokalen Behörden von Csíkszereda 2004 die Menschen zwangsumgesiedelt haben, ohne die laut internationalen Menschenrechtsstandards verpflichtenden Schutzmaßnahmen einzuhalten. Ich möchte Sie daran erinnern, dass Zwangsumsiedlungen rechtswidrig und unakzeptabel sind. Deshalb fordere ich Sie auf, aufrichtige Gespräche mit jenen Menschen aufzunehmen, die bei der Kläranlage und der Mülldeponie leben, mit ihnen gemeinsam ein passendes Siedlungsgebiet zu suchen, einen Plan zu erarbeiten, wie die Roma in die Gemeinde Csíkszereda integriert werden können, sowie alle Zwangsumsiedlungen zu beenden.

*Hochachtungsvoll*

*Sehr geehrter Herr Staatsanwalt,*

Ana María Pizarro, Juanita Jiménez, Lorna Norori, Luisa Molina Arguello, Marta María Blandón, Martha Munguía, Mayra Sirias, Violeta Delgado und Yamileth Mejía wurden angezeigt, weil sie ein neunjähriges Mädchen, das von seinem Stiefvater vergewaltigt worden war, bei einem Schwangerschaftsabbruch unterstützt haben. Die Anzeige ist noch immer anhängig.

Ich fordere Sie auf, den Fall entweder zu schließen oder eine Anklage im Einklang mit internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren zu erheben. Ich möchte Sie auch daran erinnern, dass MenschenrechtsaktivistInnen ihre legitime Arbeit ohne Einschränkungen oder Einschüchterungen durchführen können müssen, wie das internationale Verträge und Erklärungen festlegen, deren Vertragsstaat Nicaragua ist.

*Hochachtungsvoll*

Fax: +40 266 371.137 • E-Mail: radulyrobert@szereda.ro

Name

---

---

Adresse

---

---

**Ráduly Róbert Kálmán úr**  
Csíkszereda Polgármestere részére  
Csíkszeredai Önkormányzat  
Vár tér 1. 530110, Csíkszereda  
Hargita Megye  
Románia

Dear Mayor,

*I am writing to express my concern at the living conditions of the Romani community moved by the local authorities next to the sewage treatment plant at the end of Primaverii Street, following their eviction from the centre of the town in 2004. The community's current living conditions violate the international human rights obligations, by which the Csíkszereda authorities are bound, to ensure that everybody enjoys their right to adequate housing without discrimination.*

*I particularly regret that the local authorities of Csíkszereda forcibly evicted the Roma in 2004, without providing safeguards as obliged by international human rights standards. I would like to remind you that forced evictions are unlawful and unacceptable. To this end I urge you to engage in a genuine consultation with the Romani communities next to the sewage treatment plant and to the garbage dump in order to identify a relocation site and provide them with adequate housing; to devise a plan to facilitate the integration of the Roma within the broader community of Csíkszereda and to put an end to all forced evictions.*

Sincerely

Fax: +505 2255 6832

Name

---

---

Adresse

---

---

**Dr. Julio Centeno Gómez**  
Fiscal General  
de la República de Nicaragua  
Ministerio Público  
Km 4, Carretera Masaya  
Contiguo al Bancentro  
Managua,  
Nicaragua

Estimado Sr. Fiscal General:

*Ana María Pizarro, Juanita Jiménez, Lorna Norori, Luisa Molina Arguello, Marta María Blandón, Martha Munguía, Mayra Sirias, Violeta Delgado y Yamileth Mejía se enfrentan a una demanda judicial por su intervención en el aborto de una menor de nueve años, quien fue violada por su padrastro. El caso no ha sido resuelto por la oficina del Procurador.*

*Le pido que cierre el expediente de acusación, el cual sigue aún abierto, o que proceda con los cargos de acuerdo con los estándares internacionales de juicios imparciales. Deseo recordarle que Nicaragua está obligada a reconocer la legitimidad de las actividades de los defensores de los derechos humanos para que puedan realizar su labor sin temor a represalias.*

De Ud. atentamente,



# MV10 MITGLIEDERVERSAMMLUNG

9. BIS 11. APRIL 2010

**D**ie Mitgliederversammlung bringt Amnesty-AktivistInnen aus ganz Österreich zusammen, um gemeinsam Neues zu hören und zu lernen sowie sich gegenseitig für eine weitere effektive Menschenrechtsarbeit zu motivieren und zu inspirieren.

Gleichzeitig ist sie das wichtigste demokratische Entscheidungsorgan der Organisation und bietet die Möglichkeit der Mitbestimmung.

Dieses Jahr wird der Aktivist und Menschenrechtsverteidiger Celestine AkpoBari aus Nigeria über Aktivismus und sein Engage-



Celestine AkpoBari

ment gegen Zwangsräumungen in Nigeria erzählen. Er arbeitet unter anderem für eine NGO, die sich für Umweltfragen, Demokratie und soziale Veränderung einsetzt.

Weiters werden Sie Einblicke in die Arbeit und die Prozesse unserer Organisation erhalten, da auf internationaler Ebene der neue Strategische Plan für die nächsten sechs Jahre beschlossen wurde. Auch bei Amnesty Österreich werden vom Vorstand die Weichen für die Arbeit der nächsten Jahre gestellt. Da gilt es, einiges zu überlegen und zu diskutieren.

## Informationen und Anmeldung Teilnahme ausschließlich für Amnesty Mitglieder!

<b>Wann</b>	Die Mitgliederversammlung (MV) findet heuer vom 9. bis 11. April 2010 statt.
<b>Wo</b>	Kardinal-König-Haus Kardinal-König-Platz 3, 1130 Wien <a href="http://www.kardinal-koenig-haus.at">www.kardinal-koenig-haus.at</a>
<b>Anmeldefrist</b>	12. März 2010
<b>Kosten</b>	Amnesty International Österreich trägt rund 1/3 der Kosten für die Übernachtung und Verpflegung. Daher können wir die Aufenthaltskosten zu folgenden Preisen anbieten: Einzelzimmer mit Frühstück 45,-   Doppelzimmer mit Frühstück 35,- Mittagessen 11,-   Abendessen 8,-
<b>Anmeldung</b>	Online über die Website <a href="http://www.amnesty.at">www.amnesty.at</a> Sie haben auch die Möglichkeit, sich telefonisch anzumelden Amnesty International Österreich Moeringgasse 10, 1150 Wien Tel.: +43 1 78008-0
<b>Stornogebühren</b>	Stornierung bis 8.3. – keine Stornogebühr Stornierung bis 2.4. – 50 % Stornierung ab 5.4. – 100 %

FUNDRAISING MIT HERZ UND HIRN

# PARTNERSCHAFT ZWISCHEN AMNESTY UND WWF

Von Christine Newald

Christine Newald



Alexander Obermayr

Sie treten nur zu zweit auf, immer Seite an Seite. Der eine das Herz, der andere das Hirn. Alexander Obermayr und Stephan Schönlaub sind das dynamische Duo einer neuen Partnerschaft zwischen dem WWF und Amnesty International. Das gemeinsame Ziel: der Aufbau eines neuen Face-to-Face-Fundraisings (Haustür- und Straßenwerbung) der beiden Partnerorganisationen WWF und Amnesty International. „Als ich mit 30 Jahren meinen fixen Job als Key-Account-Vertriebsmitarbeiter einer namhaften Betriebshygienefirma mit Dienstauto und Handy an den Nagel gehängt habe, um mich für die gute Sache auf die Straße zu stellen, haben mich nicht wenige Freunde für verrückt gehalten“, erzählt Alexander Obermayr. Jetzt macht er den Job seit acht Jahren – und ist immer noch mit ganzem Herzen dabei. Stephan Schönlaub ist das Hirn des Projekts. Seine Aufgaben sind der orga-

nisatorische Aufbau, das Projektmanagement, der Aufbau des Recruitings. „Diesen Job kann man nicht nur wegen der Bezahlung machen. Da muss man voll und ganz hinter den Inhalten stehen, um gut sein zu können“ – davon sind beide überzeugt. Zwei Drittel aller Mitglieder von Amnesty Österreich werden durch Face-to-Face-Fundraising gewonnen. Unsere Vertragsbedingungen sind besser und offener, als das Gesetz es vorschreibt. Das Stornieren eines Vertrags ist einfach und unbürokratisch: Ein Anruf genügt. Dennoch ist das „Keilergeschäft“ auf der Straße hart und umstritten, der Markt wurde in den letzten Jahren heiß umkämpft, die Straßenwerbung von immer mehr Organisationen genutzt. Die Frage, ob das massive Auftreten auf der Straße zum Image von Amnesty International passt, stellt sich immer wieder. Für uns als Organisation, die zur Gänze

ohne staatliche Subventionen und Firmengelder auskommt, ist die Straßen- und Haustürwerbung eine wesentliche Möglichkeit, neue Mitglieder für Amnesty zu gewinnen und die Menschen auf unsere Anliegen aufmerksam zu machen. Weil sich jedoch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geändert haben, wurde die Idee einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem WWF geboren. Wir erhoffen uns, Verwaltungskosten zu reduzieren und gemeinsam neue, noch nachhaltigere Wege zu gehen. Alexander Obermayr und Stephan Schönlaub haben es in die Hand genommen, diese Wege zu ebnen. 124 Arbeitspakete wurden geschnürt, 19 Prozent davon sind abgearbeitet. Schönlaub schmiedet Pläne, während Obermayr durch Österreich kurvt und geeignete MitarbeiterInnen sucht: Menschen, die auch bei Sturm und Regen, bei Hitze und Kälte noch genügend Enthusiasmus aufbringen, Passan-



Stephan Schönlaub

Innen für eine Fördermitgliedschaft bei Amnesty International zu begeistern; Menschen, die wissen, wie man schwierige Gespräche führt, verärgerte PassantInnen wieder versöhnlich stimmt und wie man, ohne aufdringlich zu werden, Leute dazu bringt, die Kontokarte zu zücken. Diese MitarbeiterInnen sind fix angestellt und werden von uns inhaltlich, rhetorisch und rechtlich geschult. Wir sind überzeugt, dass wir mit dieser neuen, nachhaltigeren Art von Face-to-Face-Fundraising höhere Qualitätsstandards bei der Bindung von Mitgliedern setzen können. In der Partnerschaft zwischen Amnesty und dem WWF zählt wie auch sonst im Leben das Zusammenspiel von Herz und Hirn. „Deshalb ist unser neues Firmenauto auch ein Dacia Logan. Der ist nicht so schön und schnell wie ein Audi, aber das Mädchen, das bei dir mitfährt, liebt dich wirklich“, sagt Alexander Obermayer lachend.

## IHRE SPENDE IST JETZT NOCH MEHR WERT

# SPENDEN AN AMNESTY INTERNATIONAL SIND VON DER STEUER ABSETZBAR

**A**m 11. März 2009 ist das österreichische Parlament endlich einer langjährigen Forderung der gemeinnützigen Organisationen nachgekommen: Spenden sind jetzt auch bei uns wie in den Nachbarländern Deutschland und Schweiz steuerlich absetzbar.

Bis endgültig feststand, dass auch Amnesty International auf der Liste der steuerbegünstigten Organisationen steht, bedurfte es allerdings noch einiger intensiver Verhandlungsrunden und einer erfolgreichen Berufung bei den Finanzbehörden. Im September 2009 wurde endlich durch einen Bescheid des Finanzamtes bestätigt, dass auch Sie Ihre Spenden an Amnesty International in Österreich rückwirkend ab 1. Jänner 2009 von der Steuer absetzen können.

Wir sehen die Spendenabsetzbarkeit als Anerkennung unserer Menschenrechtsarbeit und als Wertschätzung Ihrer Spende. Mitglieder, die sich aktiv im Vereinsleben engagieren (Stimmrecht auf der Mitgliederversammlung), können aufgrund der gesetzlichen Regelungen ihren Betrag bis 55 Euro nicht von der Steuer absetzen. Nach der Mitgliederversammlung im April haben alle unsere Mitglieder die Wahlmöglichkeit, sich als fördernde Mitglieder (ohne Stimmrecht) oder als ordentliche Mitglieder (mit Stimmrecht auf der Mitgliederversammlung) zu deklarieren.

Falls Sie von Ihrem Stimmrecht auf Mitgliederversammlungen auch weiterhin Gebrauch machen wollen, melden Sie sich bitte bei uns!

### SO FUNKTIONIERT DIE SPENDENABSETZBARKEIT:

- ▶ Sie spenden Ihren gewohnten Beitrag an Amnesty International Österreich.
- ▶ Sie erhalten von uns eine Bestätigung über die Summe der bei uns eingegangenen Spenden zur Vorlage ans Finanzamt. Bewahren Sie bitte die Abbuchungsbelege Ihrer Bank unbedingt auf.
- ▶ Sie können Ihre gesamten Jahresspenden bis zur Höhe von 10 % Ihrer Vorjahreseinkünfte als Sonderausgaben beim Finanzamt geltend machen.
- ▶ Je nach Höhe Ihres Einkommens erhalten Sie dann einen Teil der im vergangenen Jahr bezahlten Einkommens- bzw. Lohnsteuer (bis zu maximal 50 % der Spendensumme) vom Finanzamt zurück.

**Danke, dass Sie uns weiterhin so treu unterstützen!**



Weitere Informationen finden Sie auf der Website des Finanzministeriums unter [www.bmf.gv.at](http://www.bmf.gv.at).

Falls Sie dann noch Fragen haben sollten, steht Ihnen unser SpenderInnenservice unter (01) 7 80 08 täglich zwischen 9.00 und 17.00 Uhr gerne zur Verfügung.

DIVERSITYBALL

24. April 2010

# Le Grand Bal de la Diversité

equalizent UND WITAF LADEN ZUR BALLNACHT DER VIELFALT



Kursalon Wien – Stadtpark – Johannesgasse 33, 1010 Wien

Audienz bei  
**Kaiser Heinrich Robert I  
und Obersthofmeister  
Seyffenstein**  
PolitikerInnen tanzen  
für die Vielfalt

**TICKETS Vorverkauf € 36,- / € 27,- ermäßigt, Abendkassa € 45,- / € 36,- ermäßigt, Tischplätze € 9,- / Person**

**KARTENVORVERKAUF UND TISCHPLÄTZE:** equalizent, 1020 Wien, Obere Augartenstraße 20, 01/409 83 18, 0660/800 1002 (sms), office@equalizent.com • Tickets auch erhältlich bei verschiedenen KooperationspartnerInnen (Liste siehe [www.diversityball.at](http://www.diversityball.at)) **ERMÄSSIGUNG:** SchülerInnen, Studierende, Alleinerziehende, Arbeitslose, PensionistInnen, Zivil- und Präsenzdiener, Menschen mit Behinderung